

Die Freiheit erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags ausgenommen. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Ostpreußen 20.- M., im voraus zahlbar, von der Spedition selbst abgeholt 1,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unser Streifenband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. jährlich. Solche Bestellungen, per Brief für Deutschland und Österreich 30.- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S. O., Breite Straße 69.

Die achtspaltige Anzeigenzeile ober dem Raum kostet 1.- M. einschließlich Druck- und Anfertigung. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Druck- und Anfertigung. Zusätzliche Anzeigen zum Text: Familien-Anzeigen und Stellen-Anzeigen 1,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Anzeigen in Wochen-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Schriftführer: Jentzen 2830, 2845, 4518 4535, 4535, 4540, 4921.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Reichsminister Simons über Spaa

Für die Erfüllung des Möglichen!

Vor Vertretern der Presse machte der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons heute mittag einige Mitteilungen über die Ergebnisse von Spaa. Er sprach zunächst die Absicht aus, daß das Anwärteramt mit den Vertretern der Presse in bessere Verbindung zu kommen suche als es bisher der Fall gewesen wäre. Er berief sich darauf, daß er bereits im November und Dezember 1918 von den sechs Volksoberträgern, mit deren politischer Meinung er nicht einverstanden gewesen war, übereinstimmend den Auftrag erhalten hatte, mit den Vertretern der Presse in Verbindung zu treten.

Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Spaa, habe er in der Presse Gerüchte über Rücktrittsgehalte verschiedener Minister gefunden. Solche Mitteilungen müssen mit größter Vorsicht behandelt werden. In Spaa seien die Delegierten nicht immer einer Meinung gewesen und auch die Verhandlungen hätten nicht immer das erreicht, was er selbst in Vorschlag gebracht habe. Darüber aber habe keine Meinungsverschiedenheit bestanden, daß, wenn ein Beschluß gefaßt worden sei, er an der Front ebenso wie in der Heimat durchgeführt werde. Ein anderer Verkauf würde an Vandalenrat grenzen. Nur die Einigkeit könne Deutschland aus der Gefahr retten, daß es auseinandergerissen wird. Es läge kein Grund vor, mit den Erfolgen von Spaa zufrieden zu sein. Es sei lediglich die Sicherheit über die Erfüllung der ungeschwundenen Pflichten aus dem Friedensvertrag erreicht worden. Das eine sei abgemeldet worden, daß sich unmittelbare Folgen aus der Nichterfüllung des Friedensvertrages für Deutschland ergeben könnten. Deutschland habe bisher bestritten, daß es zwangsmäßig sich zur Erfüllung aller aus dem § 18 des Friedensvertrages sich ergebenden Pflichten angehalten werden könne. Die Alliierten seien nicht beauftragt, diesen Paragraphen auf alle Fälle anzuwenden. Die Alliierten Frankreich haben sich allmählich dessen Standpunkt in der Verhandlung genähert. Bisher habe Frankreich allein den Einmarsch bei Nichterfüllung gefordert. Es schien, als wenn in San Remo England und Italien das Einmarschrecht Frankreichs anerkannt hätten. Die Verhandlungen in Spaa seien immer von der Einmarschdrohung ausgegangen.

Der italienische Minister Graf Sforzo habe ausdrücklich bemerkt, daß der Einmarsch unbedingt statfinden werde, wenn die zwei Millionen Tonnen Kohlen im Monat nicht abgeliefert werden.

Es war nicht notwendig, mich auf den Ernst der Lage und die drohende Gefahr durch die Entsendung der Generale Foch und Wilson aufmerksam zu machen. Ich habe andererseits mich auch durch die marxistischen Gesichter der Generale nicht einschüchtern lassen. Wir haben zum Schluß der Verhandlungen nicht die Überzeugung gehabt, daß die Erfüllung der Forderungen der Entente wirtschaftlich unmöglich durchzuführen seien. Wenn ich am Anfang diese Überzeugung gehabt habe, so sind mit doch nachträglich Zweifel darüber gekommen, ob das mit durch die Sachverständigen vorgelegte Zahlenmaterial nach jeder Richtung hin einschlagend sein müßte. Bei aller Einschätzung des Urteils der Sachverständigen kamen mir doch Zweifel, zumal mit noch zwei Richtungen hin die Zahlen als ergänzungsbedürftig bezeichnet wurden. Vor allen Dingen erschien es möglich, durch verstärkte Herausziehung der Braunkohlenproduktion den durch die Entente-Forderungen bedingten Ausfall an Steinkohlen zum Teil zu ersetzen. Weiter aber eröffnete sich die Möglichkeit, durch schärfere Erschließung der Steinkohlenproduktion und eine sorgfältigere Verteilung der Steinkohlen die eintretenden Benachteiligungen zu mildern. Sie selber werden bemerkt haben, daß Verschiebungen von Steinkohlen vorgekommen sind, daß solche an Teilen des Reiches austauschten, wogegen der Reichskohlenrat sie nicht geschickt hatte. Wir haben deshalb geteilt im Kabinett den Beschluß gefaßt, daß die Kohlenversorgung vom Standpunkte einer genauen Erfassung, Kontrolle und Verteilung neu organisiert werden muß.

Ueber den weiteren Punkt der Tagesordnung: Bekräftigung der Kriegszustände ist eine schnelle Verkündung erfolgt. Es gelang insbesondere Lloyd George davon zu überzeugen, daß das Reichsgericht eine vollständig neue Aufgabe zu erfüllen habe. Wie anders verhält es sich mit der Frage der Wiedergutmachung. Der Regierung habe zu geringe Zeit zur Vorbereitung zur Verfügung gestanden, die jetzige Regierung habe nicht die Vorkarbeiten der alten Regierung übernommen können. Herr Dr. Simons steht auf dem Standpunkt, daß die Erfüllung des Vertrages unbedingt verlangt werden müsse, und man nicht eine Revision des Vertrages zu erwägen suchen solle, wie es die alte Regierung bisher versucht habe.

Der Friedensvertrag enthalte zahlreiche Unmöglichkeiten, aber zuerst müßten alle Möglichkeiten erfüllt werden, dann ergebe sich alles andere von selbst. Deshalb habe in der Wiedergutmachungsfrage auch nicht alles ziffernmäßig festgelegt werden können. Von Entente-Seite sei selbst gesagt worden, daß die Zahlen, die Deutschland nennen könnte, so klein seien, daß die Alliierten sie noch nicht ertragen könnten. Deswegen solle darüber erst später gesprochen werden. Die Konferenz in Genf werde in etwa 4-5 Wochen stattfinden, bis dahin bestrebe die Möglichkeit, den Wiedergutmachungsplan in allen Einzelheiten auszuarbeiten. In Genf solle auch für die Presse und die Übermittlung der Nachrichten besser gesorgt werden, als es in Spaa der Fall war. In Spaa seien die Verhältnisse für die deutsche Presse besonders ungünstig gewesen.

In der französischen Kammer wird Millerand heute über die Ergebnisse von Spaa berichten, im englischen Unterhaus spricht morgen Lloyd George über das gleiche Thema.

Rußland zum Frieden bereit!

Die Antwortnote in London

London, 19. Juli.

Neuer erzählt: Die Antwort Tschitscherins auf die jüngst nach Moskau telegraphierte Note bezüglich eines Waffenstillstandes mit Polen ist heute in London eingegangen. Wie verlautet, ist die Sowjetregierung bereit, einen Waffenstillstand mit Polen zu vereinbaren und Frieden zu schließen. In diesem Zweck haben keine Vorschläge gemacht worden, die das englische Kabinett heute erörtern wird.

Ramencow auf dem Wege nach London

Amsterdam, 20. Juli.

Die Blätter erfahren, daß der Präsident des Moskauer Sowjets und früherer Oberbefehlshaber des bolschewistischen Heeres Ramencow, als Chef der Handelsdelegation nach London kommt und daß Krassin ihm als Assistent, zusammen mit einer Anzahl Handels- und Kunstfachverständiger, begleiten wird. Krassin und Ramencow seien am 18. Juli aus Moskau nach Reedal abgereist, von wo sie mit einem englischen Kriegsschiff nach England fahren werden.

Bolschewistischer Vormarsch in Armenien

Tel-Aviv, 19. Juli. (Savas.)

Da die armenische Regierung dem Ultimatum der Moskauer Regierung keine Folge gegeben hat, belam die 11. bolschewistische Armee den Befehl vorzurücken; sie hat bereits die Provinz Karadag besetzt. Das Ziel dieser Operationen ist die Vereinigung mit den nationalistischen Streitkräften Masfakemais.

Die russischen Befehlshaber

T. U. Stockholm, 20. Juli.

Trotski machte in der Petersburger „Pravda“ nähere Mitteilungen über die Befehlshaber in der Roten Armee. Der oberste Befehlshaber ist Ramencow, sein Generalstabschef Lebedew. Die Westarmee wird von dem Revolutionsgeneral Tschitschewitski geführt, der 24 Jahre alt ist. Der Führer der Reiterarmee in der Ukraine ist Budjennyi, der in der Jarenarmee Unteroffizier war und sich als Armeebefehlshaber in den Kämpfen gegen Koltshak und Draskin einen Namen gemacht hat. Oberbefehlshaber an der Südwesfront ist der frühere Oberleutnant Jegorow. Trotski hebt ausdrücklich hervor, daß in der bolschewistischen Armee keine deutschen Offiziere dienen.

Polen vor der Anarchie

Warschau, 20. Juli.

Sogleich nach der Rückkehr von Herrn Grabski aus Spaa hat eine politische Konferenz stattgefunden, bei der die Repräsentanten aller Parteien zugegen waren. Herr Grabski hat eine überaus pessimistische Rede gehalten, in der er erklärte, daß Polen keine großen Hoffnungen auf die Entente haben kann, denn England befindet sich in einer Phase des Kollektivismus mit den Sowjets, und die anderen verbündeten Länder machen selbst eine ernste innere Krisis durch, die sie hindert, Polen wirksame Unterstützung zu leisten.

Grabski beendete seine Rede, indem er erklärte, daß nur zwei Lösungen für Polen noch übrig blieben: entweder sofortiges Friedensangebot an einen siegreichen Feind oder Verteilung bis aufs Messer. Die Konferenz hat keinen definitiven Beschluß gefaßt. Inzwischen wird die Lage im Innern immer schwieriger, je enger sie an der Front wird. Die Nationalisten und Sozialisten klagen sich gegenseitig an, den Krieg gegen Rußland herauszufordern zu haben. Die Stellung Bismudovs wird bald wanken; die Anhänger von Dmowski und Paderewski tun ihr Möglichstes, um ihm sein Vertrauen zu nehmen; man spricht in politischen Kreisen von einer unvermeidlichen Präsidentenkrise. Die Fabriken, die kaum zu arbeiten begannen hatten, schließen ihre Tore, denn die Wehrmacht der Arbeiter ist mobil gemacht. Die Eisenbahnen transportieren nur Truppen und Munition, aus mehreren Städten meldet man eine ernste Nahrungsmittelkrise.

Zwei Eisen im Feuer

Ein Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, das noch im Bergbau praktisch tätig ist, war auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums als Sachverständiger in Spaa. Der Parteigenosse macht uns einige Mitteilungen über den Gang der dortigen Verhandlungen. Wir entnehmen Ihnen folgendes:

In einer Besprechung der deutschen Sachverständigen und einem Vertreter der ober-schlesischen Großindustrie, die am Donnerstag, den 8. Juli, in Spaa stattfand, erklärte Geheimrat Arnhold, daß die Gesamtforderungen der Entente in Höhe von 30 1/2 Mill. Tonnen jährlich abgelehnt werden müssen. Man solle versuchen, durch Verhandeln ein annehmbares Übereinkommen zu treffen. Alle Anwesenenden waren gleichfalls der Meinung, man müsse unbedingt zu Verhandlungen zu kommen versuchen. Stinnes war in dieser Sitzung nicht anwesend, er kam erst am Freitag, den 9. Juli, in Spaa an. Am Freitag, den 9. Juli, machte der Reichskohlenkommissar Stuy den Vorschlag, man solle der Entente eine monatliche Grundmenge von einer Million Tonnen anbieten und dann von der Mehrförderung über die Produktion des Monats Mai einen prozentualen Anteil gewähren. Er schlug eine gestaffelte Abgabe von der Mehrförderung als Zuschlagmenge für die Entente vor. Dieser Plan des Kohlenkommissars wurde mit einigen Änderungen von den deutschen Sachverständigen gebilligt. Stinnes aber, der in dieser Sitzung anwesend war, stellte sich schon damals auf den Standpunkt, daß man es nicht notwendig habe, unter allen Umständen mit der Entente zu verhandeln. Es schien ihm ziemlich unerheblich zu sein, ob die Entente das Ruhrgebiet besetzt oder nicht. Deutschland könne nicht die von der Entente geforderten Mengen liefern, da sonst das deutsche Wirtschaftslieben völlig zusammenbräche.

Unter Gewährsmann wandte sich gegen Stinnes und verlangte unter allen Umständen, daß die Verhandlungsmöglichkeiten gewahrt bleiben. Sehe man jetzt, wie Stinnes es fordert, der Entente ein schroffes Nein gegenüber, so müsse schließlich die deutsche Regierung unter dem Druck der Entente doch nachgeben, genau so, wie es bei Abschluß des Friedensvertrages gegangen sei. Stinnes meinte demgegenüber, man könne es ruhig darauf ankommen lassen.

Es wurde dann in der Sitzung beschlossen, die deutsche Delegation sollte von der Entente verlangen, daß die deutschen Sachverständigen, und zwar wurden Stinnes und Hux bestimmt, in der Plenarsitzung mit den Entente-Delegationen sprechen sollten. Das geschah dann auch. Stinnes sprach aber vor den Ententevertretern nicht scharf als vorher in der Sitzung mit den deutschen Sachverständigen. Er las übrigens seine Rede wörtlich nach einem Schreibmaschinemanuskript ab. Huxs Rede war vorher von den Bergarbeiter-Vertretern, wozu außer ihm noch der christliche Gewerkschaftsführer Imbelsch und unser Gewährsmann gehörten, in den Grundzügen verabredet worden.

Als Stinnes in seiner Rede auf die Notwendigkeit einer Arbeitszeitverlängerung im deutschen Bergbau hingewiesen hatte, führte unser Gewährsmann sofort mit Hux eine Verhandlung darüber herbei, daß Hux demgegenüber mit aller Schärfe das internationale Verlangen der Bergarbeiter nach der Sechsstundenarbeit hervorzuheben sollte. Nach den Reden von Stinnes und Hux fand sofort eine Besprechung der deutschen mit den Entente-Sachverständigen statt. In dieser Sitzung schlugen die deutschen Sachverständigen zum Teil den schon erwähnten Kohlenverteilungsplan des Reichskohlenkommissars Stuy vor, wobei sie gleichzeitig darauf hinwiesen, daß eine Mehrleistung der deutschen Bergarbeiter nur durch eine Sicherung einer besseren Ernährung erzielt werden könnte. Gleichzeitig unterrichtete der Reichskohlenkommissar Stuy an der Hand einer Tabelle über die Kohlenverteilung an Eisenbahn, Industrie und Gewerbe. Nach wie vor blieben die deutschen Sachverständigen auf ihrer Meinung bestehen, daß eine monatliche Kohlenlieferung von 2 Millionen Tonnen an die Entente das deutsche Wirtschaftslieben auf das schwerste gefährden müsse.

Am Sonntag, den 11. Juli, vormittags, fand abermals eine Sitzung der deutschen und der Entente-Sachverständigen über den deutschen Kohlenverteilungsplan statt. Die Ententevertreter kritisierten insbesondere, daß dem Selbstverbrauch der Jechen die Kohlendeputate an die Bergarbeiter zugerechnet seien und verlangten die Einordnung der Deputate unter die Hausbrandmenge. Doch ließen sie schließlich auf die Einwendungen der deutschen Vertreter zurückgehen. Im übrigen aber erklärten sie, daß sie zwar einer Verminderung der Monatslieferungen Deutschlands auf 2 Millionen Tonnen Kohlen zustimmen könnten, daß sie andererseits aber grundsätzlich auf dem Vorschlag der Reparationskommission, der Deutschland zu einer Lieferung von monatlich 2 1/2 Millionen Tonnen Kohle verpflichtet wolle, bestehen blieben.

Die Bergarbeiter-Sachverständigen sind dann schließlich am Montag nachmittag abgereist, da sie ihren Standpunkt genügend klargelegt zu haben glaubten. Er ging, wie nochmals betont sein mag, dahin, daß eine monatliche Kohlenlieferung von 2 Millionen Tonnen die schwersten Gefahren für die deutsche Wirtschaft im Gefolge haben würde.

Ganz klar zeigte es sich bei den Besprechungen der deutschen Sachverständigen, daß Stinnes von vornherein bewußt auf den Abbruch der Verhandlungen mit der Entente hinarbeitete. Immer wieder versuchte er die Unmöglichkeit der Entente-Forderungen nachzuweisen und wies

daß eine Besetzung des Ruhrgebietes nicht so gefährdend sei, wie man glaube. So meinte er unterwegs nach einer Sitzung, daß man ja bei einer Besetzung des Ruhrgebietes durch die Entente einmal mit der Sechsstundenfrist beginnen könnte. Der christliche Gewerkschaftsführer J. M. Busch arbeitete objektiv Herrn Stinnes in die Hände, und zwar durch die Bemerkung, daß er zur Kündigung des Uebersehens-Abkommens ermächtigt sei. Welche Zwecke Stinnes mit seiner aggressiven Haltung verfolgte — die ihm bei seiner Rede nur den Entente-Delegierten die Unterbrechung durch den Vorsitzenden, den belgischen Minister-Präsidenten de la Croix, zuzog, der ihn ersuchte, da man sich doch im Frieden befände und verhandeln wolle, einen anderen Ton anzuschlagen — läßt sich noch nicht klar erkennen. Soviel aber steht fest, daß Stinnes vorher mit einer ganzen Reihe von Vertretern der Entente Besprechungen gehabt hat, daß seine Beziehungen, insbesondere auch nach den Ländern der Entente, außerordentlich ausgedehnt sind. Ob Stinnes vielleicht glaubt, bei einer Besetzung des Ruhrgebietes durch Frankreich seinen Kohlen bessere Geschäfte machen zu können, als im anderen Falle? Es scheint beinahe so! Denn sonst würde er keine Veranlassung gehabt haben, mit dem Gedanken der Besetzung des Ruhrgebietes so zu spielen, wie er es getan hat. Vielleicht hat Herr Stinnes, man kann nicht wissen, zwei Eisen im Feuer!

Die Pläne von Stinnes

Die rechtssozialistische „Freie Presse“ in Ebersold bringt einen Artikel, in dem berichtet wird, daß Verhandlungen mit den Bergarbeiterverbänden im Gange sind, die Schlichtzeit um eine Stunde zu verlängern, weil die Uebersehensfrist nicht genügend Mehrförderung schafft. Der moralische Zwang auf die Leitung der Verbände, der Ueberarbeit zuzustimmen, soll durch andere Pläne von Stinnes ausgeübt werden. Um den Arbeiterführern und den Bergarbeitern die Ueberarbeit schmackhaft zu machen, sollen für die Ueberarbeit sowie zur Hebung der Gesamtleistungen Lebensmittel und Kleidungsstücke von Frankreich geliefert werden. Die Kosten sollen durch eine Abgabe von der Mehrlieferung über eine bestimmte Menge gedeckt werden. Eine in Paris zu errichtende Gesellschaft soll die Ausführung übernehmen. An dieser Gesellschaft werde sich Stinnes sehr stark beteiligen.

Was uns an dieser Nachricht interessiert, ist weniger die Befürchtung des rechtssozialistischen Blattes, daß Frankreich auf dem Wege dieser Lieferungen bestrebt sei, Einfluß auf die Werke im Ruhrrevier zu erlangen, sondern vielmehr die Tatsache, daß das Großkapital, das deutsche innig verbündet mit dem französischen, schon dabei ist, die Ausführung der Vereinbarung von Spaan zu Lasten der Bergarbeiter durchzusetzen. Wir erheben schon jetzt Protest dagegen, daß die Schandwirtschaft im Bergbau noch weiter forgeschritten wird; wir verlangen, daß die Sozialisierung der Bergwerke schleunigst in Angriff genommen wird und damit die Pläne des Herrn Stinnes und seiner französischen Freunde durchkreuzt werden!

Ein entscheidender Anfang

H. N. London, 26. Juli.

Der Spaaner Korrespondent der „Daily News“ beantwortet die Frage, ob die Konferenz der Mähe wert gewesen sei, mit einem Ja. Er weist darauf hin, daß die erzielten Beschlüsse sich auf die Auffassung der Sicherheitswache, auf Kohlenlieferungen und die Prozesse gegen die Kriegsverbrecher erstrecken. Wie diese Beschlüsse auch immer sein mögen, schreibt er, sie bedeuten nicht so viel, wie die Frage, wieviel oder wie wenig Hoffnungen derjenigen erfüllt seien, die in der ersten Zusammenkunft der Alliierten mit den Deutschen am grünen Tisch einen ersten Schritt zur Erreichung eines neuen besseren Friedens sehen. In dieser Richtung ist Spaan ein entscheidender Anfang gewesen und nach der Spaaner Konferenz kann man unmöglich wieder zu dem bedauerlichen Verfahren zurückkehren, mit dem abwesenden Gegner ausschließlich auf dem Wege durch diplomatische Noten zu verhandeln. Die persönliche Stellungnahme ist hergestellt und wird nicht wieder unterbrochen werden können.

Amnestieantrag. Die Unabhängigen Abgeordneten haben im bayerischen Landtag einen Gesetzentwurf eingebracht, der die volle Amnestie der aus politischen Gründen Verurteilten, besonders derjenigen aus der Zeit der Kaiserrepublik im April und Mai des Jahres 1919, fordert. Dagegen sollen Straftaten, die zur Unterbrechung des Rapp-Putschs dienten, nicht von dem Amnestiegesetz berührt sein.

Zur Räte-Bildungsfrage

(Eine Erwiderung.)

In der Abendausgabe der „Freiheit“ vom Donnerstag, den 1. dieses Monats bringt Genosse Seidel an dieser Stelle einen Aufsatz zum Abdruck, der sich mit dem Problem der Rätebildung befaßt. Er erörtert in den Rätebüchern ein Abbild der alten Hochschule, befaßt mit dem häufigsten Mangel des jetzigen staatlichen höheren Bildungswesens, der Erziehung von Fachleuten, Beamten und Funktionären des Staates für ein bestimmtes Amt oder einen begrenzten Tätigkeitskreis. Er wünscht, daß die Rätebildungsurale zur Brutanstalt einer gewissen proletarischen Oberschicht werden könnten, die ein geistiges Bousentium zeitigen würde, zum Schaden der Arbeiterklasse. Man müßte der notgedrungenen Einschränkung dieser Bildungsarbeit ein Gegengewicht schaffen. Zu diesem Zwecke empfiehlt er einen Ausbau der Parteibildungsbestrebungen. Sie soll sich an die gesamte Arbeiterklasse wenden und alle Wissenszweige umfassen. In den Volkshochschulen müßte der Arbeiter nach Förderung und Ergänzung seines Wissens vor allem auf dem Gebiete der Natur- und Geisteswissenschaften streben. Seidels Erziehungsziel ist der harmonisch gebildete Mensch und die starke selbständige Persönlichkeit.

Er geht dabei von rein stofflichen Gesichtspunkten aus. Durch Uebermittlung einer gewissen Quantität rein geistiger naturwissenschaftlicher und mathematischer Kenntnisse, als Gegenpol zu dem wissenschaftswissenschaftlichen Lehrplan der Rätebüchern, will er sein Ziel erreichen, d. h. die innere Harmonie des Menschen herstellen, Persönlichkeitswerte in ihm erwecken.

Nach meiner Meinung darf die Arbeiterbildung ihr Schwergewicht nicht auf reine Wissensübermittlung legen, wie es Seidel anscheinend tut. Sie muß vielmehr Anleitung zur eigenen geistigen Arbeit geben. Die wenigen freien Stunden, die der Arbeiter der Räte- oder Volkshochschule opfern kann, reichen nicht aus um ihn im Unterricht selbst ein genügend großes Maß von Kenntnissen zu überreichen. Er bleibt immer auf das „Wissen“ an Hand von Büchern angewiesen; wenn er irgendein Wissensgebiet wirklich gründlich durcharbeiten will. Die Tätigkeit des Arbeiterlehrers muß es sich deshalb in der Hauptache angelegen sein lassen, dem Hörer die Wege und Methoden eigener Arbeit zu weisen. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, ist die Stoffauswahl von sekundärer Bedeutung. Gerade was Genosse Seidel der Rätebildung als Mangel anrechnet, ihre Gebundenheit an die Bedürfnisse der täglichen volkswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Praxis ist ihre Stärke. Die Anknüpfung an die dem Vernünftigen naheliegenden Dinge, die Zergliederung derselben, die Aufdeckung ihrer Zusammenhänge und damit die Einfügung in das allgemeine Weltbild ist eine der wichtigsten Erkenntnisse der modernen Erziehung. Und sie wird von unsern sozialistischen Pädagogen überaus stark betont. Der Arbeiterunterricht muß, wenn

Ein Konkurrenzstreit

Reichstag oder Reichswirtschaftsrat?

Eine Korrespondenz hatte die Nachricht gebracht, daß die Reichsregierung zuerst dem Reichswirtschaftsrat und dann erst dem Reichstag in öffentlicher Sitzung Bericht über die Verhandlungen erstatten wollte. Daran war die Behauptung geknüpft worden, daß sich im Reichswirtschaftsrat eine lebhafteste Opposition gegen die Reichsregierung erheben werde. Der „Vorwärts“ benutzte nun diese Nachricht, um darüber Beschwerden zu führen, daß der Reichswirtschaftsrat dem Reichstag bevorzugt werde, denn dadurch würde das Schwergewicht der politischen Verhandlungen mit wirtschaftspolitischen Einschlag in den Reichswirtschaftsrat verlegt werden. Würde das zur dauernden Uebung, so könnten spätere Regierungen aus Gründen der Taktik öfters versuchen, sich durch die Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat eine ihnen genehme Atmosphäre im Reichstag zu schaffen und das würde die gegebenen Reibungsflächen nur noch verbreitern.

Grundsätzlich ist dem „Vorwärts“ darin zuzustimmen, daß der Reichstag sich zuerst mit den Verhandlungen in Spaan befassen muß. Aber das Blatt hat kein Recht, sich darüber zu enträsten, daß die Regierung den Reichswirtschaftsrat in diesem Falle bevorzugt. Denn es war die Partei des „Vorwärts“, die den Reichswirtschaftsrat hat schaffen helfen, sie tragen jetzt die Verantwortung mit dafür, wenn diese Körperlichkeit, die eine Karrikatur einer parlamentarischen Vertretung darstellt, von der Regierung zuerst Bericht erstattet und der Reichstag übergangen wird. Weshalb sorgt das Blatt denn nicht dafür, daß der Reichstag nicht erst am 28. Juli, sondern schon früher zusammenberufen wird? Den ersten Präsidenten stellt doch jetzt die rechtssozialistische Partei; wenn ihr sonst daran gelegen ist, daß der Reichstag nicht immer bei den wichtigsten Gelegenheiten in den Hintergrund gedrängt wird, so hat sie es jetzt selbst in der Hand, Abhilfe zu schaffen. Die Klage des „Vorwärts“ mutet also wie eine Heuchelei an.

Die dankbare Republik

In der Breslauer „Volkswacht“, dem Organ des Reichstagspräsidenten Loebe, finden wir folgende kleine Anfrage:

Wir wir hören, ist der Führer der hiesigen Sicherheitspolizei, Major Bedert, zum Obersten befördert worden. — Wir gestatten uns die Anfrage, auf wessen Veranlassung diese Beförderung erfolgte. Major Bedert war der Stabschef des Hochverräters Schwere. Unter seiner Leitung wurden während des Rapp-Putschs die berüchtigten schwarzen Listen mit dem Generalkommando ausgetauscht, die die Verhaftung der sozialistischen Partei- und Gewerkschaftsführer zum Zweck hatten.

Also wieder das alte Schauspiel: Arbeiter, die sich an der Abwehr des Rappverbrechens beteiligten, werden in die Zuchthäuser und Gefängnisse geworfen. Die Hochverräter und Eidbrecher, die jenes Verbrechen herausgeschworen, bleiben straffrei, werden befördert, bekommen höhere Gehälter und damit die Möglichkeit zu einem angenehmeren Dasein. Das ist die Rechtsordnung der Republik, für die in Preußen sozialistische Minister verantwortlich zeichnen.

Raumburger Justiz

Das Raumburger Schwurgericht fährt fort, durch seine Spruchpraxis die Öffentlichkeit in Atem zu halten. Während die Raumburger Rappverbrecher ungeschoren bleiben, fällt das Schwurgericht gegen die Raumburger Arbeiter, die die Verfassung und Republik verteidigten, die härtesten Urteile. Die wiederholt und feierlich abgegebenen Erklärungen der Regierung, daß alle, die zur Abwehr des Rapp-Verbrechens beitrugen, gesetzlich gehandelt hätten und deshalb nicht straffällig seien, bestehen für die Rappstädter Richter nicht. Sie haben jetzt gegen 14 Arbeiter, die sich an dem Kampf gegen das tappistische Willkür bei Raumburg beteiligten, insgesamt 7 1/2 Monate Gefängnis und 300 Mk. Geldstrafe verhängt. Der Staatsanwalt hatte 7 1/2 Monate Gefängnis beantragt. Sämtliche Beweisanträge zur Freisetzung, daß die Raumburger Reichswehr auf Seiten der Rapp-Stütze stand, wurden abgelehnt. Bei einem Angeklagten wurde eblich festgestellt, daß er von der Soldateska bis zur Bewußtlosigkeit mißhandelt wurde und in diesem Zustand ein Protokoll unterschrieb, das er bei der Verhandlung widerrief. Bei einem anderen Angeklagten wurden die drei Entlastungszeugen

er fruchtbar wirken will, unbedingt von Einzeldingen ausgehen, die den Hörer interessant und gefällig sind und von hier aus zum allgemeinen führen.

Und da die Rätepädagogik sich auf dieses Prinzip aufbaut, fällt auch der Grund zu der Befürchtung fort, daß ihren Anstalten der Mangel bürgerlicher Fachschulen anhaftet.

Sicherlich mußte zugegeben werden, daß der komplizierte Apparat der modernen Gesellschaft ohne Spezialisierung nicht beherrschbar ist. Der Fehler der Fachschule im alten Sinne ist hauptsächlich der, daß sie die Zusammenhänge mit den übrigen gesellschaftlichen oder zeitlichen Erscheinungen ignoriert und sich, bzw. ihr Fach in den Mittelpunkt aller Dinge stellt.

Die Rätebildungsbewegung stellt die Schöpfung an den wirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Dingen in den Vordergrund, weil sie in der Linie der gesellschaftlichen Entwicklung liegt. Das Proletariat wird nach der Machtergreifung auf Generationen hinaus mit dem offenen oder versteckten Widerstand der heutigen herrschenden Klassen zu rechnen haben. Darum ist seine Vorbereitung und wirtschaftliche Durchbildung, ausreichend für jede, gleichgültig wie weit getriebene Kontrolle bzw. Uebernahme der Produktion und Verwaltung eine Notwendigkeit. Darüber hinaus zählen mathematische Kurse und naturwissenschaftliche Einführungen in die Chemie und Physik ebenfalls zum Lehrplan einer Rätechule.

Die Erziehung zur Persönlichkeit kann aus den wirtschaftlichen und technischen Stoffgebieten ebenbürtig abgeleitet werden wie aus geschichtlichen und allgemein-kulturellen. Sie ist eine rein methodische Frage.

Was das geistige Bousentium anbetrifft, so ist darüber folgendes zu sagen: die Gefahr ist in viel höherem Maße vorhanden, wenn sich der Arbeiter ohne genügend kritisches Vermögen in rein geistigen wissenschaftlichen Unterrichtsstunden bürgerlicher Professoren der Volkshochschule begibt. Allzuleist wird er hier verführt, auf den Wellen bürgerlicher Geistesfreiheit dahinzugleiten und jede innere Verbindung mit seiner Klasse zu verlieren. Es gibt eine ziemlich große Anzahl Arbeiterhörer aus der Lesung, freien Hoch- und Volkshochschule, die angefüllt sind mit den Ideen der alten und neuen Philosophen und mitteilig die geistige Ermut der großen Masse ihrer Klassenangehörigen belächeln. Der Bildungszweck ist nicht ein der Rätebildung einseitiger Zukunftssehens, sondern er ist bereits da. Um ihn zu finden, braucht man sich nur in den Kreisen der Jugendorganisationen umzusehen. Aber auch diese Bongen sind immer nur das Opfer einer falschen Unterrichtsmethode, die es nicht verstand, die Lehrgegenstände mit dem großen Ganzen zu verknüpfen.

Die Arbeiterpartei der Räte berührt die Bildungsfrage derselben überhaupt nur insoweit, als daß sie sich bei der Auswahl der Hörer nicht auf Betriebsräte beschränkt, sondern, weil sie der Ueberzeugungsmöglichkeit Raum geben will, sich an alle Kreise der Arbeiterklasse wendet. Nur bei Ausrufbefreiung werden Betriebsräte vorgezogen.

befragt, „ob der Angeklagte U. S. P.-Gefinnung oder sonstwie geholt habe.“ Die Zugehörigkeit zur U. S. P. ist also gleich bedeutend mit der Absicht des Aufstuhrs und Strafbaz.

Das Urteil des Raumburger Schwurgerichts ist eine Beförderung der Oberregierung, die die Beförderung abgelehnt hatte, kein Arbeiter dürfte wegen Abwehr des Rapp-Putschs bestraft werden. Es ist eine Kalkulation des früheren Justizministers Dr. Blum, der eine gleichlautende Zusicherung im Parlament abgegeben hatte. Es ist ein Beweis dafür, daß die Rappisten, gegen die angeblich ein Verfahren wegen Hochverrats schweben soll, die tatsächlichen Mächthaber in Deutschland sind.

Mordbuben bleiben Mordbuben

Der rechtssozialistische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Konrad Haenisch hatte vor einiger Zeit in einem Artikel, die an der Ermordung der fünfzehn Arbeiter aus Bad Thal beteiligten Raumburger Studenten Mordbuben genannt. Halboffiziell wird jetzt dazu gemeldet, daß der Rektor und eine Deputation der Raumburger Universität bei Herrn Haenisch wegen dieser Bezeichnung vortrefflich geworden sind. Die Meldung besagt weiter, daß Haenisch die sofortige Einsetzung der Gerichtsakten angeordnet habe, und daß, falls die nochmalige Prüfung ein verändertes Bild gebe, der Minister selbstverständlich bereit sein würde, diesem Umstand Rechnung zu tragen.

Für die gesamte Kulturwelt war die Freisprechung der Raumburger Mörder durch ein Kriegsgericht die brutalste Vergewaltigung des Rechts. Daß die hochschulischen Herrschaften der Raumburger Universität sich schüßend vor ihre freigesprochenen Standesgenossen stellen, können wir verstehen und wollen kein Wort der Kritik daran knüpfen. Es steht aber fest, daß die studentischen Mörder freigesprochen sind, weil in der deutschen Republik eben niemals hochschulische Herrschaften von Kriegsgerichten verurteilt werden, wenn sie nur einen Mord an Arbeitern begangen haben.

Aber Mordbuben bleiben deshalb doch Mordbuben, ganz gleich, welchen Eindruck Herr Haenisch bei der Durchsicht der Gerichtsakten gewinnt und ganz gleich, ob die Herrschaften der Raumburger Universität damit einverstanden sind oder nicht.

Nun gerade nicht!

Der Widerstand, den die bayerischen und württembergischen Regierungen den Forderungen des Friedensvertrages in Bezug auf Einweihung und Auflösung der militärischen Organisationen Deutschlands entgegenstellen, ist bekannt. Das, was sich aber augenblicklich in Württemberg abspielt, angesichts der Verhandlungen in Spaan und der Versicherungen der deutschen Reichsregierung, die Einwohnerwehren und Zeitsfreiwilligenformationen aufgelöst zu haben, kann nur als eine ungeheuerliche Provokation der Entente aufgefaßt werden. Die Deutschnationalen (Bürgerpartei) stellten im Württembergischen Landtag die „kleine Anfrage“ an die Regierung, was sie gegenüber den Abmachungen in Spaan in der Abrüstungsfrage (Aufhebung der Einwohnerwehr, Polizeiwehren, und Zeitsfreiwilligenformationen) zu tun gedenke. Die Regierung antwortete, daß sie ihre Antwort auf jene Verhandlungen bereits im voraus durch ihr bekanntes Telegramm an die Reichsregierung gegeben, ehe Spaan gesprochen habe, nämlich, daß sie nicht daran denke, die genannten Formationen aufzulösen. Dabei bleibe es.

Um aber auch den interessierten Stellen zu beweisen, daß es der Württembergischen Regierung ernst sei mit ihrer Realpolitik, betreibt sie ihre militärischen Maßnahmen dauernd weiter. Die Einwohnerwehren verschicken Aufforderungen an ihre Mitglieder, sich neue Ausweise bei ihren Leitungen zu besorgen. In den zwei letzten Tagen wurden in den Kasernen in Stuttgart etwa 8000 Zeitsfreiwillige erneut eingekleidet; sie stehen in Alarmbereitschaft. Diese freiwilligen Vorbereitungen werden ohne jeden äußeren Anlaß getroffen. In ganz Württemberg ist alles ruhig, wenn man nicht etwa den Stille einiger hundert Transportarbeiter zur Erringung höherer Löhne als „Bau“ betrachten will.

Welchen Zweck können also die Maßnahmen in Württemberg haben? Doch wohl nur den einen, der Entente und den deutschen Unterhändlern zu sagen; Nun gerade nicht! Die Reichsregierung hat nunmehr zu beweisen, ob es ihr ernst ist mit den Versicherungen, die sie der Entente gegenüber gemacht.

Zuferschleubungen. In Hamburg ist man einem umfangreichen Handel mit gefälschten Zunderbezugscheinen auf die Spur gekommen. Als Verkäufer wurde der Bonbonfabrikant S. in Wandstedt wohnhaft, ermittelt, der alle Scheine von Angehörigen der Zunderbezugsstelle Würzburg erhalten zu haben vorgibt. Er hat sie mit einem Verdienst von 200 Mk. für den Schein abgesetzt. Die Käufer haben große Mengen von einem Hamburger Großhändler, der die Fälschung der Scheine nicht erkannte, abgehoben. Die Spur einiger Fälscher weist nach Duisburg.

Die noch bestehenden Beschränkungen des Rätebildungsproblems werden fallen, sobald es möglich ist, eine sozialistische Hochschule zu schaffen, wie sie durch Schloß Litz bei Gera in ihren Anfängen schon dargestellt wird. Sie muß ihre proletarischen Hörer für eine gewisse, nicht zu kurze Zeit aus der Erwerbsarbeit herausnehmen und sowohl auf wirtschaftlichem als auch auf rein geistigem Gebiete gründlich durchbilden. Betriebsräte, die mit der Vorbereitung solcher Internate ausgeübt sind, werden dann die Hauptstützen des sozialistischen Produktionsgebäudes bilden können. Des Produktionsgebäudes, das einst die Grundlage einer neuen proletarischen Kultur sein wird. Freiy Friede.

Genosse Seidel entgegnet darauf:

Es freut mich ungemess, daß der Genosse Friede vollends mit mir übereinstimmt, was auf den ersten Blick zwar nicht zu erkennen ist, da er seine Meinung in das Gewand einer Polemik kleidet. Aber bei näherem Hinsehen wird es klar. Auch er wünscht keine einseitige Einstellung, keine geistige Abstrichung, sondern er will, genau wie ich (denn hier verleihe ich meine Arbeit, wenn er meint, ich wolle den wüßbegierigen Arbeiter mit Tatsachenwissen nabeln), dem Hörer die Wege und Methoden einer geistigen Arbeit weisen. Erstens ist das ohne Uebung in der Lektürebearbeitung nicht möglich, denn geistige Arbeit ist letzten Endes nur Beobachtung und Folgerung. Zweitens meint Genosse Friede, die Rätechule allein könne das von ihm gesteckte Bildungsziel erreichen. Aber warum heißt sie denn Rätechule? Er scheint diesen Widerspruch zu fühlen, denn er erklärt zum Schluß, gewisse Beschränkungen des Rätebildungsproblems können erst ausgeglichen werden durch eine sozialistische Hochschule. Er verzweifelt auf Schloß Litz. Was ist Litz anders als eine Volkshochschule? Und warum muß eine Volkshochschule stets mit dem Uebel des bürgerlichen Professors befaßt sein? Ich will diese Frage nicht eingehender untersuchen, denn hier betreffen wir die allerpersönlichsten Angelegenheiten vieler Dozenten an manchen Volkshochschulen, die man aus Gründen des Taktes nicht öffentlich besprechen soll. Sagen will ich nur dieses eine: für die Volkshochschule Groß-Berlin (von den Parteibildungskursen brauchen wir wohl in diesem Zusammenhang nicht zu reden) besteht für mich der Gegenwärtigste des bürgerlichen Professors nicht, wie ich es im Gegenlicht zu dem „Zukunftschreck“ nennen will, von dem Genosse Friede spricht. Im Grunde aber kommt es doch nur darauf an, auf die Beschränkungen, mit denen die Rätebildung notwendig rechnen muß, und auf die Notwendigkeit des Aufbaus solcher Beschränkungen hinzuweisen. Wir müssen sie sehen. Und wir müssen die vorhandenen Mittel zum Ausgleich benutzen. Darauf kommt es an. Sind jene Mittel noch nicht vollkommen, so können sie nur durch unsere Mitarbeit in unserem Sinne verbessert werden. Daß Friede für alles das nicht blind ist zeigt sein Artikel.

Gewerkschaftsbewegung und Klassenkampf

Auf dem Verbandstag des Fabrikarbeiterverbandes in Hannover hielt unser Genosse Reimann im Auftrage der Opposition gegen die Vorstandsstelle eine Rede zum Vorstandsbericht, aus der wir die entscheidenden Stellen wiedergeben möchten, weil uns die Rede treffend zeigt, wie notwendig eine energische und einmütige Bewegung mit dem Ziel der taktischen Umstellung der Gewerkschaften ist. Genosse Reimann führte u. a. aus:

Breg hat behauptet, unsere Versammlungsfreiheit wäre gesichert. Ich stelle fest, daß es uns in diesem Frühjahr unmöglich war, gewerkschaftliche Versammlungen abzuhalten. Sie wurden stets von den Roslegarden auseinandergetrieben. Und wie ist es noch heute? Dem Zentralverband der Angestellten ist jetzt bei Strafe von 1500 M. verboten worden irgendwo den Streik der Rechtsanwaltsangehörigen zu unterstützen. (Hört, hört!) Das ist nicht die Rede, die wir abgelehnt, bei der Erörterung des Kätegedankens, daß eine Minderheit das Recht hat, zu bestimmen, so beweist das, daß er sich in unsere Gedankengänge nicht hineingefunden hat. Glaubt etwa jemand in diesem Saale, daß wenn wir 51 Prozent des Volkes für uns gewonnen haben, die andere Seite sich einfach unserem Willen fügen wird? Der letzte Kampf um die Entscheidung wird nicht ausgefochten auf rein parlamentarischer Grundlage, nach demokratischen Grundätzen, sondern er wird ein Kampf sein, wo Macht gegen Macht steht. (Sehr richtig!) und wo die größte Macht siegen wird.

Was ist von der Mehrheit geschehen, um die Kollegen über die Gehege aufzuklären? Wir haben das Betriebsratsgesetz in jährlichen Versammlungen besprochen. Während der parlamentarischen Verhandlungen ist das Gesetz immer noch verschlechtert worden. Wir haben erklärt: Das ist nicht das, was man uns versprochen hat, es sind Steine statt Brot, eine Verschandelung des Kätegedankens. In Berlin haben wir wiederholt große Demonstrationen gehabt. . . .

Als wir die Aufhebung des Besatzungsstandes verlangten, hat sich nach Bressenachrichten Breg nicht dafür eingelassen. (Zuruf: Breg: Wann war das?) Nach dem letzten Januarputsch. (Breg: Im Jahre 1919!) Breg kann mich ja widerlegen. Wir haben jahrelang gegen alle Gewaltmaßnahmen gekämpft und heute fragt man: Wann war das? (Hört, hört!) Jetzt wird eine Vorlage zur Regelung der Erwerbslosenzusätze herbeigeholt. Im „Proletariat“ haben wir leider sehr wenig von ihr gehört. Ich finde es unverständlich, daß man eine so wichtige Frage nicht in ausreichendem Maße behandelt. Aber man weiß wohl, daß dieses Kind das da geboren wird, alle Ursache hat, das Licht zu scheuen, daß man den Erwerbslosen auch wieder Steine statt Brot bietet. (Sehr richtig!) Man will wieder die Opfer der wahnwitzigen Kriegerpolitik deren Folgen tragen lassen. Ich erwarte, daß da in Zukunft noch etwas geschehen wird. Auch die Schlichtungsordnung ist im Werden. Nach dem ersten Entwurf wird die finanzielle oder moralische Unterstützung jedes Streiks, der nicht schon alle Schlichtungsinstanzen beschäftigt hat, verboten, und die streikenden Arbeiter können mit Gefängnis bestraft werden. (Lebhaftes Hört, hört!) Dann möchte ich erst den Beschluß sehen, der aus dem Parlament herauskommt. Der Ring zur grenzenlosen Ausbeutung des Arbeiters schließt sich immer mehr. Wissenschaft und gesellschaftlich wird seitens der Unternehmer Sabotage getrieben und dadurch die Lage der Arbeiter herabgedrückt. Breg hat gestern gesagt: Klassenkampf ist Kampf gegen die wirtschaftliche Verelendung der Arbeiter und für Erhöhung des Reallohnes. Diese Aufgabe könnten wir ruhig auch den Christlichen und Ditsch-Dunderschen Gewerkschaften überlassen. (Zuruf: Er hat aber noch mehr gesagt!) Ja, er hat auch gesagt, der Kampf um den Sozialismus kann nicht die Aufgabe unserer Organisation sein. Das aber steht im Widerspruch zu seinen Ausführungen an anderer Stelle. Zum Statut sagt er nämlich, die Vorlage des Vorstandes sei das klare Bekenntnis zum Sozialismus. Ich muß also annehmen, daß ich falsch verstanden habe. Die freien Gewerkschaften sollen und müssen ein Mittel zur Erringung des Sozialismus sein, zur Bekämpfung der Arbeiterklasse. Der Kapitalismus trägt in sich — und das hat Schneider wieder und wieder im „Proletariat“ gesagt — die Tendenz, die Arbeiter immer mehr auszuheulen. Der Klassenkampf muß daher ein Kampf um die wirtschaftsweise sein, in der wir in Zukunft leben. Und wie steht Bregs Anschauung zu den acht Punkten der Gewerkschaften? Der Kampf in den Kapitalisten wäre ja unmöglich gewesen ohne die Hilfe der gewerkschaftlichen Organisationen. Da kann man heute nicht sagen: Wir haben uns nicht mit Politik zu beschäftigen. . . . In unseren Kreisen befindet sich niemand, der die gewaltige Bedeutung der Gewerkschaften für die Sozialisierung nicht kennt. Wir wissen, daß diese Aufgabe nur mit den Gewerkschaften durchgeführt werden kann. Wir wissen das um so mehr, wenn wir die Dinge in anderen Ländern, in Rußland

sehen. Darum steht uns die gewerkschaftliche Organisation höher als jeder Zerstückelungsgebäude. (Sehr richtig!) Aber die Gewerkschaften müssen ein Glied im proletarischen Klassenkampf sein. Ein solches Glied ist unser Verband in den letzten zwei Jahren nicht gewesen. Der Gewerkschaftsbund und unsere Organisation sind dem Gedanken des revolutionären Befreiungskampfes nicht nachgegangen. Die letzten politischen Ereignisse sollten ihnen ein Warnetzel sein. Wir werden Sie in Ihrer Gelamtheit zwar nicht überzeugen, aber die Nachfaktoren des wirtschaftlichen Lebens werden Sie zur Einsicht zwingen, daß Sie auf dem Wege der Andienung, der Koalition, niemals den Fabrikarbeitern volle Befriedigung bringen können. Die Unzufriedenheit wird die Massen für uns gewinnen. Achten Sie auf die wirtschaftlichen Zusammenhänge, ehe es zu spät ist und Sie über uns hinweggehen.

Wir sind die zweitstärkste Organisation Deutschlands. Wenn irgendeine Organisation die Rücken und Tüden der vorrevolutionären Zeit zu lösen bekommen hat, sind wir es gewesen. Darum richten sich gerade die Augen der Arbeiter auf den Verbandstag der Fabrikarbeiter Deutschlands, und wir hoffen, daß das, was hier gesprochen wird, weiterhin im Reich Widerhall finden wird. Wir müssen daher das große Ziel setzen: Fortführung des revolutionären Kampfes bis zur Durchführung der sozialistischen Produktionsweise.

Reimann legte dem Verbandstag eine im Sinne seiner Rede gefaßte Resolution vor, um dann mit folgenden Worten zu schließen: Heute habt ihr noch die Mehrheit und werdet uns niederstimmen. Aber wir werden hinausgehen ins Land und werden den Kampf führen von dem Gesichtspunkt aus, daß es gilt, nicht nur die soziale Lage der Kollegen zu verbessern, sondern daß es gilt, Gleichstellung alles dessen, was Menschenanstand trägt, die Herbeiführung des Sozialismus. (Lebhafter Beifall bei der Opposition.)

Japan und China

H.N. London, 20. Juli.

Das Auswärtige Amt macht, wie Reuters aus Tokio meldet, folgende Mitteilung: Die japanische Neutralität in den inneren chinesischen Schwierigkeiten, ist nicht geändert worden und wird auch nicht geändert werden. Diesbezügliche Befehle sind den japanischen Angestellten der Zivil- und Militärbehörden zugestellt worden. Eine solche Erklärung ist notwendig, da verschiedene unbegründete Gerüchte und Behauptungen in die Welt gesetzt wurden, denen zufolge Japan die eine Partei gegen die andere unterstützen soll. Es ist die Rede davon, daß japanische Bankiers Geld für den Krieg geliehen haben und daß japanische Truppen bei der Ausbildung der chinesischen Mannschaften der Grenzschutz Dienst tun usw. Die japanischen Offiziere sind ganz besonders davor gewarnt worden, zu intervenieren. Und dieser Befehl wird auch genau ausgeführt.

Irlands jäher Kampf

London, 19. Juli.

Ein amtlicher militärischer Bericht meldet über Kämpfe, die gestern Abend in Cork stattfanden, folgendes: Unbewaffnete Soldaten wurden, als sie sich auf der Straße zeigten, mißhandelt und beschossen. Patrouillen, die in die City geschickt wurden, erhielten Feuer aus den Häusern und von der Straße. Die Truppen erwiderten das Feuer, wobei insgesamt 148 Schüsse abgegeben wurden. Bei den Zusammenstößen wurde ein Soldat verwundet, ein Zivilist getötet und ein Zivilist verwundet. Um 11¼ Uhr abends war die Ruhe wiederhergestellt. Ein weiterer Bericht besagt, die Meldung, daß die militärischen Posten in Cork Bomben geworfen hätten und 30 Soldaten verwundet worden seien, ist unwahr.

Frankreichs Stellung in Syrien

Paris, 19. Juli.

Der „Temps“ stellt fest, daß heute die von französischen Oberbefehlshaber in Syrien, General Gouraud, dem Emir Faisal gestellte Forderung, die Rechte Frankreichs in Syrien anzuerkennen, abläuft. Er veröffentlicht deshalb eine Liste der Forderungen, die unter der Regierung des Emir gegen französische Staatsangehörige oder gegen französische Schutzgebiete und auch gegen die französische amtliche Vertretung begangen worden seien. Die Mitteilung hebt auch hervor, daß der Emir und seine Regierung gewisse Maßnahmen getroffen hätten, die als nichts anderes als eine Vorbereitung zu Angriffen gegen Frankreich angesehen werden könnten. Seit dem 21. September 1919 habe er die Truppenaushebung beschlossen für alle Männer im Alter zwischen 20 und 40 Jahren. Der Bestand der Armee vergrößere sich fortgesetzt, die Bewaffnung nehme zu, obwohl seine äußere Gefahr die Regierung des Emirs bedrohe. Es wurde auch die Bevölkerung zur Einziehung in die Armee gezwungen, wenn sie sich weigerte, Dienste zu nehmen. Außerdem sei im vor-

aus die wirtschaftliche und finanzielle Verbindung mit der französischen Küstenzone vernichtet worden. Der Emir verbiete die Verwendung des von den französischen Behörden ausgegebenen syrischen Geldes und die Ausfuhr von Lebensmitteln.

London, 19. Juli.

In Erwiderung auf verschiedene Fragen über die Entwicklung der Lage in Syrien sagte Bonar Law im Unterhaus: Das französische Ultimatum sei dem Obersten Rat nicht unterbreitet worden. Die englische Regierung habe dem Emir Faisal eine Zusage vorgeworfen, nach Europa zu kommen, um zusammen mit dem Obersten Rat die unerledigten Fragen zu beraten. Die englische Regierung sei nicht der Ansicht, daß es zweckmäßig wäre, auf die zur Verfügung stehenden Nachrichten hin zu handeln. Sie halte sich indessen in ständiger Berührung mit der französischen Regierung.

Generalstreik gegen den Hunger

L.H. Reichenberg, 22. Juli.

Die Arbeit ruht hier in allen Betrieben vollständig. Die Arbeiter sind wegen der mangelhaften Ernährung der deutschen Gebiete in der Tschecho-Slowakei in den Generalstreik getreten. Die Zeitungen erscheinen nicht. Die Eisenbahnen haben erklärt, falls es notwendig sein sollte, sich dem Streik anzuschließen. Die Vertreter der tschechischen Arbeiterklasse haben gestern in ihrer Vertrauensmännerversammlung die Erklärung abgegeben, in einem Sympathiestreik einzutreten. Die tschechische Regierung ist bemüht, den Streikenden nicht nur in Bezug auf Beförderung, sondern auch in Bezug auf andere Forderungen politischer Natur entgegenzukommen, um den Streik so bald als möglich zu beenden.

Kappisten beim Wiederaufbau

Mit Angelegenheiten aus dem Bereich des Ministeriums für den Wiederaufbau hatte die Öffentlichkeit sich in letzter Zeit wiederholt zu beschäftigen. In der vor einigen Tagen erschienenen Koll: Der Herr Staatssekretär als Kapp-Putsch-Präsident können wir heute mit näherem Material dienen.

Am Montag, den 12. Juli, fand vor dem Militärgericht der Reichsmehrbrigade 3 eine Verhandlung gegen den Regierungsbaumeister Paul Schütz statt. Schütz stand unter der Anklage der vorläufigen Tötung vor einem Kameraden, die Bemerkung ergab jedoch als Grund der Zeugnisaussagen, daß es sich hier um nichts anderes als um einen Mord handelte, dessen Opfer ein Geisteskranker, der ehemalige Lokomotivführer Weigelt war. In der gemeinsamen, rohesten Weise wurde Weigelt mißhandelt und schließlich von Schütz erschossen.

Dieser Regierungsbaumeister Paul Schütz ist noch heute in einer dem Wiederaufbauministerium unterstellten Stelle, nämlich beim Reichskommissar für den Wiederaufbau, Potsdamer Str. 10/11 tätig. Die Angehörigen des Reichskommissars sind mit Recht darüber empört, daß sie gezwungen sind, mit derartigen Elementen zusammen zu arbeiten. Es wäre interessant, zu erfahren, in welcher Weise und wann der Herr Staatssekretär Müller glaubt, in die Unterjochung der Behördungen bezüglich Teilnahme am Kapp-Putsch einzutreten zu können, nachdem er die Einsetzung einer Prüfungskommission unter Hinzuziehung von Gewerkschaftsvertretern abgelehnt hat.

Tagediebe bei der Reichswehr

Die Reichswehrbrigade 3 in Potsdam unterhält eine sogenannte Spartakusabwehrzentrale, die sich die Aufgabe gestellt hat, durch möglichst viel Verdiensten der Arbeiterbewegung Schaden zuzufügen. Ihr Briefstempel zeigt uns denn auch einen Totenkopf mit zwei überkreuzten Menschenknochen. Diese Mordbesten, die natürlich von den Steuergeldern der Allgemeinheit einen guten Tag lebt, unterhält auch einen „Dichter“, den Unteroffizier Willy Künzel, der die Aufgabe hat, jedes von der Reichswehr verübte Verbrechen „poetisch“ zu verherrlichen. Dieser Künzel leistet sich nun den Sport, die Produkte seiner geistigen Entartung, auch der Presse zu übermitteln. Wir haben davon bisher keine Notiz genommen, weil wir in seiner toben Stimmung, die sich in ebenso toben Reimeren ausdrückt, bei weitem keine Ausnahme sehen, sondern den Geist der Reichswehr im Allgemeinen sehr prägnant ausgedrückt fanden. Und dieser Geist ist so gut bekannt, daß es sich nicht lohnt, ihn an einem Einzelfall noch besonders zu beleuchten. Heute steht aber die Angelegenheit so, daß jeder Reichswehrsoldat dem Staate jährlich 25—30 000 Mark kostet. Wir fragen daher bei Herrn Künzel an, ob es angesichts der deutschen Schuldenlast angebracht ist, bei so hohen Kosten, in der Reichswehr faulenzende Subjekte zu unterhalten, bloß damit diese Gelegenheit haben, ihre rohe Phantasie zu betätigen? Bei diesem Anlaß möchten wir auch fragen, ob Herr Künzel von der Spartakusabwehrzentrale in Potsdam unterrichtet ist, von jener Stelle also, die sich die Pflege des Arbeitermordes zur Aufgabe gestellt hat? Im Reichstag wird er darüber der Antwort nicht ausweichen können.

Bergarbeiter, Kohlenpreis und Löhne

Der englische Bergarbeiter-Kongress in Leamington hat sich mit dem neuen Kohlenminengesetz beschäftigt, das augenblicklich dem Unterhaus vorliegt. Es wurde beschlossen, das Gesetz zu bekämpfen und es zu boykottieren, falls es trotzdem durchgeführt werden sollte. Die Bergarbeiter erklären, daß das Gesetz nicht geeignet sei, die Produktion zu heben, daß es veruche, die technischen Arbeiter von den Handarbeitern zu trennen, und daß die Durchführung einen Extraprofit von 60 000 000 Pfund für die Unternehmer bedeute.

Der Kongress verlangte eine Herabsetzung der Preise für Hauskohle und eine Erhöhung der Löhne. Welches könne und müsse gleichzeitig durchgeführt werden. Die Bergarbeiter wollen nicht ruhig zusehen, wie die Unternehmer alle Profite einstecken. Sie beharren außerdem auf der Forderung der Rationalisierung des Bergbaus.

Die Delegierten zu dem Sondergewerkschaftskongress, der die irische Frage behandeln soll, wurden beauftragt, für die Zurückziehung aller Truppen und Aufhören der Munitionsendungen nach Irland und Polen zu stimmen. Sollte die Regierung die Forderung verweigern, so empfiehlt der Bergarbeiterkongress die Politik einer allgemeinen passiven Resistenz, eine „down tool“-Politik.

Gelegentliches Verbrechen. Breslauer Kriminalbeamten ist es gelungen, jetzt sämtliche Mitglieder des Freikorps Aulok, gegen die Haftbefehle vorliegen, festzunehmen und ins Gefängnis einzuführen. Es sind drei Offiziere, fünf Unteroffiziere und zwei Gemeine. Die Kriminalbeamten hatten große Schwierigkeiten zu überwinden, da der streiktreibende Führer des Freikorps ihnen nicht ihre Sicherheit bei der Truppe gewähren konnte, die er nicht mehr in der Hand hätte. Nach einem der Hauptführer, dem Mitgliedswedel Großpfeiff, wird noch gefahndet. — Das Freikorps Aulok soll aufgelöst sein, trotzdem hat es noch einen Führer, der über die Truppe nicht Herr wird. Ein ergötzliches Schauspiel!

Millionenschleubungen in Glin. Die Kölner Kriminalpolizei verhaftete in letzter Zeit eine Reihe Personen, weil sie versuchten, gefälschte Ein- und Ausfuhrscheine zu hohen Preisen zu verkaufen. Einer der Betrüger wurde in dem Augenblick festgenommen, als er gegen eine Vergütung von 250 000 M. einen gefälschten Einfuhrschein verkaufen wollte, auf dem ein Objekt von 35 Millionen Mark eingeschrieben worden konnte.

Der dänische Landwirth. Durch die Einverleibung Nordfahleswigs in Dänemark wird sich Dänemark von 39 000 auf etwa 43 000 Quadratkilometer vergrößern, während sich die Bevölkerung von 3 200 000 auf 3 370 000 Köpfe vermehren wird.

Vom vergessenen Peter Hille

Wie! auch du fallen, Mignon?

Müßlein, Müßlein, du gehst einen schweren Gang!

Ein Klammchen im Binde?

Es biegt sich und löst sich fast mit seiner dunklen Wurzel vom dem klauen Grund der Erde.

Ein blauer, schwül aufsteigender Julitag. Und es drängt und lodert die zarten Blüten, bis sie sich heben zum üppig unendlichen Himmel.

Ein Pösel: „Lachmüßel“ heißt es.

Aber der Lachmüßel der Bitterkeit: ein einziger eckelgeschüttelter Mus Carbonicus.

Um alles zu überdönen, anzusehern wie ein Marschfeld im Traube, reichen sich zwei Kapellen die Hände. Bahnen sind hier: ihre wohltauchdüstern fast lebenshaftlichen Melodien flücheln sich eben zu der hellen, schmetternden Gezeitigkeit, dem blühenden Orkan der La Paloma, unter deren gelender, mexicanischer Kalecki der Menschentatler Maximilian sein Heldenopferleben lieh, um der Menschentatler Maximilian sein Reich der Liebe und der Kraft eifrig und geistig hochzuheben ins Reich der Liebe und der Kraft des Geistes, der wieder zu Gott führt, von wannen er stammt. Eine Welle von tierischen Handgelenken schwillt und edbt. Leidenschaftlich jagt und Hagt.

Aber diese Lust! Wie der warme sinkende Atem eines Raubtieres — nein, so edel geht's nicht zu — wie der Hauch aus hochgesperztem Schlangenzahnen, des Gewürms, das in seiner Häßlichkeit wie ein Geschöpf der Verdammnis schon auf Erden erscheint.

Da ist Eine, noch Kind!

O weicht du's nicht, wie leicht man hier eine Kockje des Lasters wird?

Müßlein, Müßlein, du gehst einen schweren Gang!

Schwer, weil zu leicht, zu leicht für dich!

Der Mosch!

Der wilst sich schon das Maul nach dir.

Der nimmt alles, was zu seinen Füßen wächst und was vorüberfliehet.

Da ist die enge, lauernde Kleinstadt doch besser, sie schließt das wachsende Weib; nur mühte es so stark ein, zur Zeit seiner leuchtlichen Reise sein Recht in Dingade zu finden trotz allem Zu- und Abkonnaterra der anderen.

Schicksal und Triebe, auch den Mann können sie werfen und heben und anders gestalten. Aber so mit einem Schläge durchschneid durch einen verengenden Hauch wird das Weib allein mit seiner tauglichen Schönheit der jungen, leidenschaftlimmernden Seele.

Schließt sie auf zur Flamme, und diese Flamme ist nicht die reine Flamme der Liebe, da man sich hineinstürzt, wie in Gott mit allem, allem, alles, was man zu sein nur eben vermag, ist es die schwelende, halbe Flamme der Lust, so ist alles verengt, alles verloren, alles verlohnt.

Mit dem Leide stürzt auch die Seele.

Liegt es doch in Gesetzen: nur durch den Mann kommt das Weib zu Gott, durch den einen Mann, den es liebt.

Mignon!

So laßt mich scheinen, bis ich werde, zieht mir das weiße Kleid nicht aus!

Mignon, zarte, junge Gestalt mit leise üppigem dunkeln Haar, dem großen bräunlichen Gold der herrlichen blühenden Krone des Auges und der köstlichen Blüte des Mundes, Mignon du, im schwarzen, feierlichen Konfirmantenkleid, o sei, o bleib! Konfirmantin, bis deine Liebe stark genug, und sie sich hinwirft, wo sie mag und muß.

Denn du gehörst der Liebe, nicht der Blütenübercampeluden Luft!

Welches Füllen, laß dich erst hassen im Wettlauf, im starken, einzigen Wettlauf der Liebe, aber nicht locken zur tödlichen Kauterkruppe.

Sei gewarnt, diese Soupers, sie sind vergiftet, mörderisch brandet der Champagner, — — und du bist entwertet für und für, nun und immer. Und was man auch biete, sei es auch noch so reich, wucherlich muß du es zahlen.

O diese Idelen Herren mit und ohne Glahe, sie schwärmen um so ein junges Geschöpf wie ein Weier um ein Schlachtfeld; aber sie wollen erst sein junges Leben zu Was machen; das mag denn verzehren, wer Lust hat.

Diese Geländer um dich, sie sind leicht zu brechen; mögen sie auch noch eine Welle halten, dann schillen sie nicht mehr.

Sieh nur deiner Kameradin, und sie ist nicht die schlichteste, einmal ins Auge: steht es nicht wie ein Stachel, ein kleiner, gezeiter, höherer Stachel im irischen, hellen Auge?

Das ist der Stachel der Lust, o laß ihn nicht wachsen! Denn er bohrt in dein eigenes Leben, deine eigene Seele, die Liebe, die noch kommen soll.

Sicher, auch du läßt die Gefahr, wie wir sie erkennen.

Mignon, Mignon, o mach' eine Brustwehr aus dir selbst, aus der Liebe verlangenden Seele des Weibes.

Wenn deine Stunde gekommen, gib dich hin mit geschlossnem Auge!

Aber verkaufe dich nicht, du hast die Liebe, die hat keinen Preis und nuztelt im göttlichen Herzen.

Sag, kannst du entgegen dem schmutzigen Schicksal, verspricht du es?

Lauige Knospen, Mignon, kannst du blühen?

Sonst wäre es besser, dich schaltie der Tod!

Wettgericht. Donnerstag um 1/8 Uhr abends, hielt Genosse Jakob Reich, in der Realschule Niederwallstraße aus den Schriften von Karl Kraus, des Schriftstellers, der vom ersten Tage des Krieges an, mit beispielloser Wucht und Sprachgewalt, gegen den Krieg gewirkt hat. Eintritt für organisierte Arbeiter frei.

